

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 62. TELEFON 52077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

16. Jahrgang

Freitag, 24. Jänner 1936

Nr. 20

Abg. Tučný Postminister Dr. Franke Schulminister Dr. Krčmář scheidet aus

Prag. Durch vier Handschreiben des Präsidenten der Republik wurden Donnerstag nachmittags die angekündigten Änderungen in der Regierung, die sogenannte „kleine Kabinetts-



Postminister Tučný

rekonstruktion“ durchgeführt. Der bisherige Minister Prof. Dr. Krčmář, der im Herbst 1934 nach dem Abgang der Nationaldemokraten aus der Regierung Maßwehr als Beamter das Schulressort übernommen hatte, scheidet aus der Regierung aus. Als zweiter nationalsozialistischer Minister tritt der Gewerkschaftsführer Tučný neu in das Kabinett ein und übernimmt das Postressort, während der bisherige Postminister Dr. Franke, ebenfalls Nationalsozialist, das Schulministerium übernimmt.

Der neue Postminister Tučný steht im 55. Lebensjahre. Er ist der Sohn eines Weber, arbeitete als Typograph, später als Korrektor und Direktor in mährischen Buchdruckereien und kam 1908 nach Prag, wo er in der nationalsozialistischen Bewegung aktiv tätig war. Im Jahre 1912 wurde er in die Zentrale der nationalsozialistischen Gewerkschaften berufen. Er ist seit dem Amtsjahre Mitglied der Nationalversammlung und war in den Jahren 1921 bis 1928 je einmal Arbeiter-, Post- und Gesundheitsminister. Von 1926 bis heute arbeitete er wieder in seinem früheren Wirkungsbereich, im Sekretariat der tschechoslowakischen Arbeitergemeinschaft.

Der tote König nach London überführt

Die sterblichen Überreste Georg V. wurden Donnerstag von Schloss Sandringham nach London überführt, wo die Aufbahrung in der Westminster Hall erfolgte. Vom Bahnhof bis zum Westminster Hall standen 7000 Polizisten Spalier. Den Sarg begleitete eine militärische Ehreneskorte. Vor dem Eingang zum Westminster Hall erwarteten Vertreter des Parlaments den Trauerzug.

Nach der Aufbahrung des Sarges in der Westminsterhall wurde bemerkt, daß von der auf dem Sargedel niedergelegten Krone das Kaiser-Kreuz verschwunden war. Es wurde festgestellt, daß dieses mit einem herrlichen indischen Edelstein geschmückte Kreuz auf dem Weg vom Bahnhof in die Westminsterhall abgebrochen und auf die Straße gefallen war. Ein Offizier hob es auf, konnte aber allerdings die Ordnung im Zuge nicht stören und überreichte es erst in der Westminsterhall. Das Kreuz wurde nun wieder an der Krone befestigt.

Irland will nicht schwören!

London. (Reuters.) Informationen aus Dublin zufolge wurde in der Hauptstadt des Freistaates Irland bisher König Eduard VIII. nicht als König proklamiert, da die verfassungsmäßigen Faktoren des Freistaates der Ansicht zuneigen, daß es nicht notwendig sei, den Eid zu erneuern, den Generalgouverneur Dudley bei Antritt seines Amtes geleistet hat. Sein Eid, so wird an den genannten Stellen erklärt, gilt nicht nur für König Georg, sondern auch für den Kronprinzen und dessen Nachfolger.

Der Ministerpräsident über die aktuellen politischen Fragen

Dr. Hodža spricht zu den Vertretern der Presse

Prag. (Eigenbericht.) Ministerpräsident Dr. Hodža empfing am Mittwoch die Vertreter der großen Blätter, um sie über verschiedene aktuelle Fragen zu informieren. Der Ministerpräsident hielt vor den Journalisten in freier Rede ein etwa eineinhalbständiges Exposé, worauf an ihn von einigen Teilnehmern an der Konferenz Fragen gestellt wurden, die er äußerte sich in seiner Rede über eine Reihe von bedeutenden Problemen der Wirtschaft,

Unterstützung der Industriewirtschaft

Zunächst befahte sich Ministerpräsident Dr. Hodža mit aktuellen wirtschaftlichen Fragen, welche die detaillierte Durchführung des Regierungsprogramms betreffen. Hodža sagte, daß in der Regierung Verständnis dafür vorhanden sei, daß man die Entwicklung der Industrie fördern müsse und daß insbesondere die

Belegung des Exportes

der Regierung am Herzen liege. Wenn die Industrie Unterstützung durch die Regierung verlange, dann muß andererseits die Regierung verlangen, daß diese Industrie auch gegenüber der Gesamtheit ihre Pflicht tue, daß die Industriellen wirklich Unternehmer sind und etwas unternehmen. Dies könne um so mehr verlangt werden, als die finanziellen Voraussetzungen zur Belegung der Unternehmerfähigkeit gegeben sind. Durch die Herabsetzung des Zinsfußes sind die Kosten für Kapitalaufnahme herabgesetzt worden, der Kapitalmarkt ist dazu fähig, der Industrie die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Ministerpräsident bekennt gerne, daß es in Zukunft keine Gesetze mit rückwirkender Geltung mehr geben dürfe, denn sonst könnten die industriellen Betriebe keine Pläne machen. Auch die Errichtung des Rechtsbeirats sei ein Entgegenkommen an die Wirtschaft, der Zweck des Rechtsbeirats ist es, Einheitlichkeit in die administrative Praxis zu bringen. Beim Finanzministerium wird eine Kommission errichtet werden, an welche Beschwerden gegen die Finanzverwaltung zu richten sein werden. Diese Beschwerden werden vorläufig nur von Korporationen, wie Handelskammern und Landeskulturärten, erhoben werden können, und man hofft, dadurch zu einer allmählichen Reform der Finanzverwaltung zu kommen. Der Steuerträger soll von Zeit zu Zeit eine Abrechnung der Steuerverwaltung erhalten, damit er wisse, woran er sei.

Für 3,2 Milliarden Investitionen

Begrüßenswert war, was der Ministerpräsident über die öffentlichen Investitionen sagte und insbesondere der Nachdruck, den er darauf legte, daß

der Aufnahme der Arbeiten keine behördlichen Schwierigkeiten bereitet werden

dürfen. Wie man es nicht machen dürfe, legte er am Beispiel der Untertunnelierung der Straße bei Chudle (in der Nähe von Prag) dar, welches Projekt die Aemter bereits seit acht Jahren beschäftigt. Man wird künftighin die persönliche Verantwortung jener feststellen müssen, die an der Verzögerung derartiger Projekte Schuld tragen.

Der Ministerpräsident führte dann an, daß an Investitionen vorgezogen seien:

1. Fortsetzung begonnener Arbeiten, für die eine Summe von 1,2 Milliarden bereitgestellt sei.
2. Neue Arbeiten im Gesamtbetrag von 2 Milliarden. Davon solche Arbeiten, die Ende Herbst begonnen werden können und die einen Betrag von 630 Millionen Kč erfordern, solche die im Mai 1936 fertigprojektiert sein müssen, im Gesamtbetrag von 760 Millionen Kč und endlich Arbeiten, an die man ungefähr im Juli werde herantreten können im Betrage von 614 Millionen Kč.

Insgesamt sind also Investitionsarbeiten für den Betrag von 3,2 Milliarden vorgezogen.

Der Ministerrat hat ein Subkomitee eingesetzt, welches die oberste Instanz für alle Investitionsarbeiten sein solle, außerdem besteht eine Investitionskommission im Ministerratpräsidentium, damit nicht durch Kompetenzkonflikte der Gang der Investitionen aufgehalten werde.

Zu den Aufgaben der Regierung gehört ferner die Behebung des Fremdenverkehrs, der auch (durch Kubaan de Strahlen) zum Teil im Rahmen des Investitionsprogramms erfolgen soll. Weiters wird die Regierung für

die Konzentration der Propaganda in einem eigenen Amt Sorge tragen.

Schließlich rief die Regierung als wichtige Aufgaben die Förderung der Motorisierung und den Ausbau des Flugwesens vor, auf welchem Gebiete die Tschechoslowakische Republik in letzter Zeit zurückgeblieben ist.

Die nächsten Aufgaben des Parlaments

Der Ministerpräsident wandte sich dann der Besprechung innerpolitischer Fragen zu. Er teilte mit, daß dem Parlament gegenwärtig 21 Vorlagen unterbreitet worden sind davon 13 dem Abgeordnetenhaus und 8 dem Senat. 33 wichtige Vorlagen sind insgesamt. Darunter jene über die Fabrikbewegung, den Mieterschutz, die Wohnungsfürsorge für die ärmeren Volksschichten, die Sanierung der Arbeiterlöhne, das landwirtschaftliche Institut, den landwirtschaftlichen Ausgleich, die Rekolonialisierung der vom Bergbau verwüsten Gebiete, die Verfürgung der Arbeitszeit und die Arbeitsvermittlung (die Genehmigung der beiden letztgenannten erhoffte die Regierung, wie der Ministerpräsident ausdrücklich sagte, bald). Vorlagen über die Unterstützung der Krankenhäuser, den Regreß, das Dienstverhältnis der Redakteure und die Errichtung eines slowakischen Landeskollegiums, über den Fremdenverkehr, die Inflation der Eisenbahngesellschaft, die Novellierung des Parteielgesetzes und das neue bürgerliche Gesetzbuch, wobei allerdings die Ehegesetzgebung ausgeschlossen bleibt.

Autonomie Karpathorußlands

Eine innerpolitische Aufgabe für die Regierung ist auch die Frage der Autonomie Karpathorußlands, welche in den Friedensverträgen vorgezogen ist. Es ist nicht Schuld der Regierung, daß es zur Durchführung der Autonomie bisher noch nicht gekommen ist. In diesem Lande waren zur Zeit, da es der Tschechoslowakischen Republik zufiel, 80 Prozent Analfabeten, in den Dörfern sogar 90 Prozent, das Volk war nicht gewohnt, sich politisch zu betätigen, es besaß keine nationale Intelligenz. Nunmehr ist aber die Regelung der Verhältnisse in Karpathorußland eine politische Aktualität geworden. Der erste Schritt zur Durchführung der Autonomie wird die Errichtung eines Amtes des Gouverneurs von Karpathorußland sein, das mit Referenten betreffend jene Ressorts ausgestattet wird, die Gegenstand der im Friedensvertrag vorgesehenen Autonomie Karpathorußlands sind.

Rekonstruktion der Regierung

Weiters beschäftigte sich der Ministerpräsident mit der Umgestaltung der Regierung, welche er als eine Ergänzung der Regierung bezeichnete. Diese sei vor allem durch das Ausscheiden des Außenministers notwendig geworden und es muß nun den tschechischen Nationalsozialisten ein zweites Ressort gegeben werden. Der Ministerpräsident bot der genannten Partei drei Ressorts zur Auswahl an, und zwar das Außen-, Finanz- und Schulministerium. Die Nationalsozialisten entschieden sich für das Schulministerium, das mit dem bisherigen Postminister Franke besetzt werden wird, während zum Postminister der Abgeordnete Tučný angetreten ist. Das Ministerium des Inneren wird mit einem Beamten besetzt werden, wobei der Ministerpräsident bemerkte, er hätte es lieber gesehen, wenn auch an die Spitze dieses Ministeriums ein Politiker getreten wäre. Eine zweite Angelegenheit ist die Rekonstruktion der Regierung, mit der sich der Mini-

Wahlkabinett Sarraut?

Noch keine Lösung der Kabinettskrise

Der Rücktritt Laval hat die seit langem schwebende Frage akut gemacht, ob die Regierung von einem Kabinett der Volksfront, mindestens einem Kabinett der Radikalen mit Unterstützung der Sozialisten übernommen werden soll, oder ob wieder ein Kabinett sozusagen von der linken Rechten bis zur rechten Linken gebildet wird, wie es die Regierung Laval war. Es zeigt sich, daß die Radikalen nicht einig sind und der längst vorauszu sehenden Situation ohne Programm gegenüberstehen.

Präsident Lebrun hat zahlreiche Persönlichkeiten empfangen und die Kabinettsbildung sowohl Herriot als auch Delbois, dem Fraktionsführer der Radikalen angetragen. Beide haben abgelehnt. Dagegen hat sich Albert Sarraut mit Vorbehalten bereit erklärt, ein Kabinett zu bilden.

Sarraut galt immer für einen rechtsstehenden Radikalen. Er hat als Innenminister seinerzeit sehr scharfe Maßnahmen gegen die linksradikalen Unternehmen und sich auch als Kolonialgouverneur auf der Linken nicht gerade beliebt gemacht. Es ist also von ihm kaum eine ernste Linksabwegung zu erwarten. Er hat auch bereits erklärt, daß er seine Mitarbeit in den gleichen Kreisen suchen will, wo Laval die seinen

hatte. Daß er unter diesen Bedingungen die Unterstützung der Sozialisten findet, ist wenig wahrscheinlich. Entscheidend wird die Haltung seiner eigenen Partei sein.

Die Benennung der radikal-sozialistischen Fraktion betraute Daladier mit der Aufgabe, Sarraut bekanntzugeben, daß die Partei bereit ist, die Regierung zu unterstützen, die in ihrem Programme

1. die Verteidigung des Franken gegen die Spekulation,
2. die Verteidigung der öffentlichen Freiheiten gegen Aufwührer und
3. die Festigung der Außenpolitik im Rahmen und nach den Prinzipien des Völkerbundes aufweisen wird.

Selbstverständlich wird jede Regierung nur ein Wahlkabinett sein und der Linken liegt im Augenblick nur daran, daß die Wahlen nicht von einem ausgesprochenen Gegner der Volksfront durchgeführt werden.

Präsident Lebrun wünscht eine rasche Beendigung der Kabinettskrise, die sich bereits in einer starken Goldflucht bei der Bank von Frankreich auswirkt.

Herpräsident angelegentlich beschäftigt. Er glaubt, daß die bisherige Grundlage der Regierung zu eng sei und daß die großen Aufgaben der Innen- und Außenpolitik uns dazu zwingen, alle Kräfte innerhalb der Regierung zu konzentrieren. Allerdings muß jede Erweiterung der Regierung zur Konsolidierung führen, der innere Zusammenhalt der Koalition darf darunter nicht leiden. Man kann auch nur Parteien in die Koalition aufnehmen, die an dem bisherigen Wirtschaftsprogramm der Regierungsmehrheit festhalten. Dieses Programm besteht darin, daß

die liberalen Grundzüge verfallen werden und zu einer dirigierten Wirtschaft übergegangen wird. Eine Regierungserweiterung bei Rückkehr zur liberalen Wirtschaftspolitik ist unmöglich. Dies umso mehr, als in der Industrie selbst, welche die Trägerin der liberalen Wirtschaftspolitik ist, sich Anzeichen der Erkenntnis der Änderung der wirtschaftlichen Auffassungen bemerkbar machen, insofern als nicht nur der Landwirt, sondern auch der Unternehmer von der alten Doktrin Abschied nehmen mußte und daß gewisse Eingriffe in die Organisation der Produktion notwendig seien. Deswegen können

die Nationaldemokraten noch nicht in die Regierung gehen.

Die Erkenntnis von der neuen Wirtschaftspolitik ist bei ihnen noch nicht durchgedrungen.

Aktuell dagegen ist der Eintritt der Slowakischen Volkspartei

in die Regierung. Der Ministerpräsident erklärte, er habe sein Amt mit dem Programm angetreten, die Slowakische Volkspartei für die Koalition zu gewinnen, die diesbezüglichen Verhandlungen seien bereits eröffnet und er habe mit dem Abgeordneten Dr. Rišo und Šolc bereits verhandelt. Er habe der Slowakischen Volkspartei mitgeteilt, daß sie sich auf meritatorische Verhandlungen über den Eintritt in die Regierung vorbereiten möge. Der Ministerpräsident glaubt, daß man bereits in 14 Tagen mit diesen Verhandlungen beginnen könne. Die Parteien der Koalition seien sich in dieser Frage einig, die Verhandlungen werden mit der Absicht geführt, sich zu einigen und der Ministerpräsident wolle die Sache sobald als möglich fertigbringen. Auch mit den deutschen Christlichsozialen werde verhandelt werden und auch da glaube man zu einem positiven Ergebnis zu kommen, weil keine politischen Probleme vorhanden sind, welche ein Hindernis der Zusammenarbeit auch mit dieser Partei bilden.

Sodann verbreitete sich der Ministerpräsident über die außenpolitischen Fragen, die mit dem Besuch des Bundeskanzlers Schuschnigg in Prag zusammenhängen.

ihn Anfragen. Der Vertreter des „Sozialdemokrat“ machte den Ministerpräsidenten auf die Kritik aufmerksam, die in der deutschen sozialdemokratischen Presse an den Arbeiten des Parlamentes geübt worden ist. Er wies darauf hin, daß das Ermächtigungsgesetz durchaus keine Ausschaltung des Parlamentes notwendig mache und verlangte, daß das Parlament öfters tage und auch jene wirtschaftlichen Vorlagen beschließe, deren Erledigung durch das Ermächtigungsgesetz möglich sei. Darauf antwortete der Ministerpräsident, daß eine Reihe von Gesetzen durch Verordnungen erledigt werden müßten, weil sie terminiert waren und weil die politischen Ereignisse im Monate Dezember alle Kräfte in Anspruch genommen haben. Nun sei die Situation anders, von Anfang Februar an könne das Parlament arbeiten, es habe für die ganze Saison genügend legislative Arbeit. Ein anderer Journalist fragte den Ministerpräsidenten, ob die Nachrichten über eine Verlegung

wisser Industrien aus Nordböhmen in das Innere des Landes den Tatsachen entsprechen, was der Ministerpräsident verneinte. Er ergreife aber die Gelegenheit, um über die Krisenverhältnisse im deutschen Gebiete zu sprechen. Er anerkenne die schwierige Lage im deutschen Gebiete, aber

er warne davor, aus der Krise der deutschen Gebiete ein Politikum zu machen, wie dies die Subtendentsche Partei tue.

Man könne feststellen, daß das Ministerium für soziale Fürsorge von Tsch bis Nečas einen entsprechend hohen Betrag der für die Arbeitslosen bestimmten Summen in die Gebiete des größten Notstandes dirigiert habe.

Die Konferenz des Ministerpräsidenten mit den Journalisten wurde mit Dankesbekundungen der Vertreter der Presse an Dr. Hobja für die eingehende Information, die der Ministerpräsident gegeben hatte, geschlossen.

Die Steuernovelle

Im Rotivbericht zu der Steuernovelle, die Donnerstag dem Parlament vorgelegt wurde, heißt es u. a., daß der wachsende Druck der öffentlichen Bedürfnisse die Finanzverwaltung zwingt, einige Bestimmungen des Gesetzes über die direkten Steuern zu revidieren und so der Staatskasse die Mittel zur Bedeckung notwendiger Bedürfnisse des Staates und der Selbstverwaltung zu beschaffen. Die Finanzverwaltung beredsichtige dabei die Tragfähigkeit der Steuerzahler und wolle eine gerechtere Aufteilung der Steuerlast herbeiführen. Einen weiteren Beweggrund bildet das Bestreben, einige Ungenauigkeiten, die aus der bisherigen Stufierung des Gesetzes sich ergaben, zu beseitigen. Endlich soll die Novelle die Rechtsgrundlage für die Vereinfachung einiger Zweige der Steuerverwaltung abgeben, namentlich was die Technik des Bemessungs- und Veranlagungsverfahrens und die Verzugszinsen betrifft.

Die wichtigsten Änderungen sind folgende: Die Wirksamkeit der Revisionsabteilung wird von 10 auf 15 Jahre (ab 1. Jänner 1927) verlängert. In dem neuen Kapitel XVa der Einführungsbestimmungen wird die Einhebung einer besonderen Gebühr in der Höhe von 15 Prozent eingeführt, die von dem Erwerb von Aktien (aufgestapelten oder neuen) durch alte Aktionäre bei Erhöhung des Aktienkapitals aus dem eigenen Reservekapital zu entrichten ist. Ursprünglich war diese Bestimmung in der Stabilisierungsnovelle enthalten.

Für den Bereich der Einkommens- sowie der allgemeinen und der besonderen Erwerbsteuer ist für Investitionen gemäß § 10 und § 79 eine außerordentliche Abschreibung in der Höhe von 10 Prozent vorgesehen, die die Regierung bis auf 20 Prozent erhöhen kann. Für vor dem 1. Jänner 1936 bereits begonnene oder vollendete Investitionen bleibt die außerordentliche Abschreibung von 20 Prozent im bisherigen Umfang anrecht.

Erwerbsunternehmungen von Vereinen, die nach den allgemeinen Bestimmungen erreicht wurden, werden von der besonderen Erwerbsteuer ausgenommen und werden künftighin der allgemeinen Erwerbsteuer unterliegen, welche für diese Vereine weitaus günstiger ist.

Die Änderungen, die speziell die besondere Erwerbsteuer tangieren, sind im wesentlichen folgende:

Neu abgegrenzt werden die Bedingungen für die steuerliche Begünstigung der Genossenschaften, und zwar durch teilweise Anamer-

zung der Vorzugslohnnovelle (169/35) und der Genossenschaftsnovelle (116/36). Für einen Teil der Kreditgenossenschaften werden weiters die Zinsen durch Erhöhung des Steuerpaušals neu geregelt und Gewinnaufschlag einbeführt.

Erweitert wird die Grundlage für die sogenannte Minimalsteuer um die eckten Reserven, erhöht werden die Steuerhöhe bei Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit und dem Rentabilitätsaufschlag unterworfen werden, die branchenberechtigten Bäckereien. Schließlich tritt bei Handels-, Produktions- und Versicherungsunternehmen durch Herabsetzung der Siedlungsquote von 50 auf 35 Prozent eine Änderung in der Steuerbelastung ein.

Bei der Rentensteuer wird u. a. der Steuerfuß von den Spareinlagenzinsen von 3 auf 6 Prozent erhöht.

An das Gesetz werden weiters Bestimmungen über die obligatorische Rechtsbelehrung (Belehrung über die Rechtsmittel) aufgenommen, die jedem behördlichen Bescheid und jeder behördlichen Verfügung beizufügen sind. Diese Bestimmungen sind den für das Verwaltungsverfahren bei den politischen Behörden geltenden Bestimmungen so weit als möglich angepaßt.

Quasi mit dem Gesetzentwurf wird durch Regierungsverordnung der Satz der Verzugs- und der Erlaßzinsen von 7 auf 6 Prozent herabgesetzt.

Konsul Klotz

der Anführer der Ueberfälle auf tschechische Schulen?

Eine Reihe von Anschlügen, die im vergangenen Herbst im Gebiet von Tschechisch-Tscheden gegen tschechische Schulen verübt worden sind, scheint nun ihre Aufklärung gefunden zu haben. Am Donnerstag wurden der 20jährige Jan Voceľ, ein ehemaliger Angestellter der Trappnitzer Eisenwerke in die Haft des Tschedener Bezirksgerichtes eingeliefert. Voceľ hat gestanden, daß er an 15 Anschlügen gegen tschechische Schulen beteiligt gewesen sei. Als seine Komplizen bezeichnete er den Tagelöhner Frzećeľ und den früheren Portier des Hotels Polonia in Tscheden, Alois Langer. Beide sind flüchtig. Voceľ behauptet, daß der frühere polnische Konsul Klotz bei den Beratungen immer dabei gewesen sei; sie hätten auch durch Vermittlung Langers vom polnischen Konsulat in Währ. Ostrau reichliche Geldmittel erhalten.

Die mitteleuropäische Zusammenarbeit

Es ist ein absolut unrichtiges Vorgehen, wenn man bei der Reise des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg nach Prag nach politischen Kriterien sucht. Wir, Osterrösch, ganz Mitteleuropa haben andere Sorgen, als Versuche um eine problematische Geheimdiplomatie oder Statusänderungen dieses oder jenes Staates zu unternehmen. Es handelt sich darum, sich vor Augen zu führen, wie absolut notwendig es ist,

die wirtschaftlichen Interessen aller Staaten, die man als das Neue Mitteleuropa zu bezeichnen pflegt, einander näherzubringen.

Es sind dies die Donaufürsten und weitere Staaten, die sich auf den Gebieten zwischen Deutschland und Rußland befinden, insofern sie an der Kooperation interessiert sind.

Es handelt sich um eine zweiseitige Annäherung: um die politische und um die wirtschaftliche, somit um sukzessive und systematische Beseitigung der Hindernisse, welche dem Uebereinkommen im Wege stehen.

Wenn ich mit einer Kooperation beginnen soll, dann muß ich ein bestimmtes System als Ausgangspunkt wählen. Ich gehe von der Ueberzeugung aus, daß die gegenseitige Verständigung der mitteleuropäischen Staaten möglich ist. Die in Betracht kommenden Komponenten dieser Gruppierungen sind die folgenden: Baltische Entente, Balkanentente, welche letztere schon deshalb bemerkenswert ist, weil an ihr zwei Staaten der Kleinen Entente teilnehmen. Sie gleicht die Gegenseitigkeit zwischen Jugoslawien und Bulgarien und besonders diejenigen zwischen Bulgarien und Rumänien aus. Weiter gehören hieher: die Kleine Entente und die Länder des Römischen Pakttes. Es besteht somit die Bereitschaft zu Gruppenbildungen, deren Zielbewußtsein keineswegs bezweifelt werden

lann. Wollen wir somit ein mitteleuropäisches Uebereinkommen vorbereiten, dann bleibt nichts anderes übrig, als mit dieser Aktion dort zu beginnen, wo ein noch so kleines Ergebnis zu erwarten ist, welches die Lage in ganz Mitteleuropa beeinflussen könnte. Daher soll unser erster Schritt darin bestehen:

eine handels- und wirtschaftspolitische Annäherung zwischen der Kleinen Entente und den Ländern des Römischen Pakttes

vorgubereiten. Diese Initiative kann keine Unzufriedenheit in Berlin hervorrufen. Weder die Tschechoslowakei, noch die Kleine Entente, noch irgendjemand in Mitteleuropa wollen eine Aktion, welche gegen Berlin zugespielt wäre. Unter dem Gesichtspunkte der ganzen künftigen Entwicklung muß unser Hauptbestreben darin bestehen, einen Modus vivendi mit Berlin zu finden. Dies ist aber auf dem Wege von bilateralen Verträgen nicht möglich. Mit einem so großen Gebilde, wie es das Deutsche Reich ist, können sich die Kleinen und mittelgroßen Staaten bloß auf Grund einer bestimmten Kombination, das heißt auf Grund eines mitteleuropäischen Regionalpakttes ohne Gefahr verständigen. Der Weg nach Berlin führt über ein organisiertes Mitteleuropa.

Bzüglich Roms handelt es sich direkt um positive Politik, denn wir nehmen die Koordination des Wirtschaftspakttes der Kleinen Entente mit dem Kompakt als Grundlage für eine konstruktive Mitteleuropa-Politik an. Ich hoffe, daß eines Tages auch Budapest Verständnis für diese Lösung finden wird.

Anfragen deutscher Journalisten

Nach dem Vortrage des Ministerpräsidenten richteten einige der anwesenden Journalisten an

„Nein, noch nicht!“
„Wo ist mein Mann?“

Ich deute mit der Hand über die Achsel. Etwas zu sagen, bin ich nicht imstande. Sophie stürzt ins Haus, nimmt ihren Jungen auf die Arme und läuft an mir vorüber. Ihre Haare flattern. Lange noch höre ich ihr Schreien:

„Mein Mann! Mein Mann!“

Schropp kommt gichtsteif vom Wald her. Hinter ihm zieht er an einer Kette seine gefleckte Ziege. Sein Gesicht bleibt unverändert, nur die Stimme ist heiserer als sonst.

„Ich habe gewußt, daß es mal so kommen wird!“

Er bindet die Ziege an den Zaun und hilft mir, Paul in unser Zimmer schaffen. Dann geht er um den Arzt.

Ich wasche das Blut von Pauls Gesicht. Es ist gelb und spitz. Die Augenlider haben eine so durchsichtige Blässe, wie bei einem — Toten.

Ich muß mich an die Wand lehnen. Alles dreht sich in tollem Wirbel um mich. Um meinen Kopf tanzen Kugeln und blinken Gewehre und über die zerfetzte Menge sehe ich Gallons Gesicht, riesengroß und verzerrt . . .

Doktor Klopfer poltert ins Zimmer. Der kleine, vier-schrötige Mann mit dem schwammigen Gesicht poltert immer.

Er horcht Paul ab.

„Hm!“

Aus einer roten Dose nimmt er eine tüchtige Priesse, schimpft über die vorzeitige Hitze und sieht mich an.

„Bist du auch krank?“

Diese Frage ist nicht unberechtigt. Ich fühle mich elend.

„Nicht gerade! Aber sagen Sie, wie steht es mit meinem Kameraden!“

„Dumme Frage! — Guten Tag!“

Doktor Klopfer geht und mir ist, als nehme er alles mit, Paul, die Luft und mein letztes Restchen Hoffnung. Paul wird sterben.

Das spitze Gesicht dort im weißen Linnen wird noch spitzer werden. Die Haut wird sich welk um die fleischlosen Knochen legen und dann — sterben . . .

Sterben! Was ist das eigentlich? Man sagt das Wort so oft, kann es aber nicht begreifen, steht man knapp davor.

Gut, jemand ist alt geworden, hat sich selbst aufgebracht und stirbt. Das ist verständlich. Der dort ist aber erst vierundzwanzig Jahre und muß auch schon sterben. Wer lebt die übrigen Jahre, die ihm der Tod wegsteht? —

Vierundzwanzig Jahre!

Das klingt doch wie Jugend und Hoffnung.

Das soll nun alles in einen kleinen, schmalen Sarg?! Wie stümperhaft doch das Leben ist . . .

Ich kann das graue Gesicht nicht länger ansehen und gehe in die Stube hinunter. Der alte Schropp sitzt am Ofen und streichelt mit den Händen die grünen Kacheln, als friere ihn.

„Wie steht's mit ihm?“

Ich sehe in das alte Gesicht und schweige.

„Schade, um so viel Jugend!“

* * *

Spät am Nachmittag kommt Paul zu sich. „Was ist denn das? Warum liege ich hier? Wo sind die anderen?“

Er sieht mit fremden Augen um sich.

„Ruhig, Paul! Du mußt ruhig sein, um gesund zu werden!“

Er will aufspringen. Ich halte ihn ans Bett und rede wie auf ein kleines Kind auf ihn ein.

„Ich bin doch gar nicht krank! In mir ist alles so federleicht! Laß mich, du tust mir weh!“

„Doktor Klopfer sagte, du mußt schlafen!“

„Klopfer? — War Klopfer hier?“

„Ja!“

In seine Augen kommt eine starre Leere. Ich habe das Gefühl, sie sehen durch mich, durch die Wände, weit fort, überall durch.

„Fritz, ich glaube, mit mir geht's zu Ende!“

Ich weiß das selbst und doch erschüttert mich die brüchige Stimme.

UNSER GESICHT

Roman von Karl Stym

Copyright by Eugen Prager-Verlag, Bratislava

Er nimmt ein zweimetriges Schienenstück und stürmt damit zurück. Rock und Hemd flattern um die freie Brust. Ein schönes Ziel! —

Kommt auch nicht mehr! Komisch, wie teilnahmslos mich das läßt, und — ist es nicht besser? . . .

Ich muß Paul heimbringen. Er ist noch besinnungslos und blutet bei jedem Schienenstoß.

Der Schweiß rinnt mir vom Laufen in die Augen.

Weiter!

Alle, meinetwegen, können draufgehen, nur Paul nicht, mein Freund!

Auf dem halben Weg zur „Rolle“ kommt mir ein Trupp Arbeiterfrauen und Kinder entgegen. Sie kreischen auf.

„Blut! Blut!“

Ich laufe weiter. Paul darf nicht sterben!

Vor der „Rolle“ kommt Martha.

„Gott sei Dank, du lebst! Was ist drüben los? — Du? Mein Vater und meine zwei Brüder sind drüben! Wie schrecklich! Ich muß hinüber!“

Ich halte sie nicht zurück und laufe weiter. Ich halte meine Augen zu, um nicht die vielen fragenden und entsetzten Gesichter sehen zu müssen.

Vor Schropps Haus lege ich Paul auf die Sonnbank. Ich kann mit bestem Willen nicht mehr weiter. Durchs offene Fenster sehe ich Röhlings Weib am Bett ihres Jungen. Sie weint. Meine Hände am Fenstergitter fangen an zu zittern.

„Fritz!“

Sie hat mich erblickt und kommt heraus.

„Um Gottes willen, was ist mit ihm?“

Sie beugt sich über Paul und fährt erschrocken zurück.

„Tot!“

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Die Börsianerpartei in der Klemme

Empörung über die Ernennung Dr. Wannemachers

Aus oppositionellen SDP-Kreisen gehen uns Berichte zu, welche volle Zustimmung zu unserer Kritik an der diktatorischen Beförderung Doktor Wannemachers zum Chefredakteur der „Zeit“ bezeugen.

Die antifaschistische eingestellte Elemente in den Reihen Henleins fühlen sich wie vor den Kopf geschlagen.

Durch die überaus peinliche Tatsache, daß ein früherer Börsenredakteur des „Prager Tagblatt“ in wenigen Monaten zum publizistischen Vorkämpfer der „Volksgemeinschaft“ emporgeklettert konnte. Selbst die Schadenfreude darüber, daß der wenig beliebte Dr. Brand dadurch nach allen Regeln der Kunst aufgeboht wurde, vermag die konstante Wertschätzung nicht zu verdrängen, daß in der Personalpolitik Henleins einfach das Unglaublichste zum alltäglichen Ereignis wird.

Gegen Dr. Wannemacher herrscht in den weitesten Parteikreisen das denkbar schärfste Mißtrauen.

Es ist von ihm bekannt, daß er seinerzeit für jüdische Gelder nach Deutschland fuhr, um wirtschaft-

liches Material gegen das Dritte Reich zu sammeln, welches dann in den Artikeln des „Tagblatt“ verwendet wurde. Was aber besagten Volksgemeinschaftler nicht hinderte, in der „Rundschau“ wirtschaftspolitische Artikel zu schreiben, mit denen Hitler und Schacht durchaus zufrieden sein konnten.

Außerdem ist uns bekannt, daß die ursprüngliche Haltung der „Zeit“ in der italienisch-afrikanischen Frage bis in die nächste Umgebung Henleins große Erbitterung hervorrief. Die „freihändlerische“ Stellungnahme des Blattes gegen das süditalienische Schicksal wurde Dr. Wannemacher zugeschrieben. Unter dem Druck der wachsenden Mißstimmung bequimte sich das Blatt dann dazu, über die Desertionen der Südtiroler zu berichten.

Dem Vernehmen nach haben südmährische Parteifreie der SDP Erhebungen eingeleitet, die sich auf die besondere Einlauffreudigkeit Doktor Wannemachers bei öffentlichen Verteuerungen beziehen. Er ist ja als Schilderer der sudetendeutschen Arbeitslosennot besonders zuständig, da er ein Gut in der Nähe von Jglau besitzt.

dedert seine Tat neuerlich zu. Er wurde sofort verhaftet und dem Bezirksgericht Karlsbad überstellt.

Irrefühlich verhaftet. Wie das „Pr. Tagbl.“ meldet, ist der wegen Vergehens gegen das Schußgesetz in Troppau verhaftete Hans Müller nicht identisch mit jenem Hans Müller, der des Mordes an dem Emigranten Ing. Formis verdächtig ist. Es handelt sich lediglich um eine Namensgleichheit und um den Zufall, daß beide Müller in Brünn in Schiefen geboren sind.

Das Verfahren gegen Dr. Reibl. Zur Verhaftung des früheren Abg. Dr. Reibl und des Leischner Rechtsanwaltes Dr. Wängener erfahren wir, daß die Verhaftung der jetzt in Leitmeritz in Untersuchungshaft befindlichen Beschuldigten unter dem Verdachte der Teilnahme am Verbrechen nach dem Schußgesetz §§ 22 und 62 erfolgte und daß im gleichen Verfahren die weiteren Erhebungen nach im Zuge sind, so daß auch die vielfach verbreitete Nachricht einer schon bevorstehenden Haftentlassung als sehr verfrüht bezeichnet wird.

Autounfall in Krádrab fordert ein Menschenleben. Das Kaitano des Herrn Franz Antrich, Brünn, das Mittwoch, den 22. Jänner, um 5 Uhr abends in rasendem Tempo in den Ort einfuhr und bis an den Straßenrand kam, erlitt die dort mit Aufräumungsarbeiten beschäftigte Frau T. Dittich und schweberte sie derart zu Boden, daß sie auf der Stelle getötet wurde. Auch das Auto wurde in den Straßengraben geworfen und stark beschädigt. Von den drei Personen, welche im Auto fuhren, erlitt eine eine leichte Kopfverletzung, die beiden anderen kamen unversehrt davon.

Ein schweres Unglück ereignete sich im Bezirksshotterwerk Dengstereben. Bei den vorgenannten Sprengarbeiten ging ein Schuh vorzeitig los, so daß die Arbeiter Ernst Harszt aus Jungenzeng, Wilhelm G. H. aus Halbmeil und J. Filz aus Halbmeil schwere Augenverletzungen davontrugen. Dem Arbeiter Wilhelm Hahn wurde auch die linke Hand zerschmettert.

Kurzatbarer Unfall in Elbogen. In Elbogen ereignete sich an der Kreuzung der Karlsbader Straße und der Elbogener Bahnhofsstraße ein furchtbarer Unfall, der den Tod eines zehnjährigen Kindes zur Folge hatte. Der in Grünlab bei seinen Eltern wohnende Schüler Franz Eibenberger bat einen ihm bekannten Kutscher, der ein mit Eisstufen beladenes Schwerkraftwerk lenkte, ihn mitfahren zu lassen und nahm, während der Wagenlenker neben dem Gefährt einherging, auf dem Ausschub Platz. Bei dem starken Gefälle der Karlsbader Straße rief eine der Halbleisten, mit denen das Eis befestigt war, und die schweren Eisstufen kamen nach vorn ins Rollen. Sie rissen den Knaben vom Ausschub und schleuderten ihn vom Wagen, und da die beiden Pferde, die gleichfalls von den stürzenden Eisstufen getroffen wurden, scheu wurden und durcheinanden, ging der schwere Wagen über das unglückliche Kind hinweg, der schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht wurde, wo es jedoch kurze Zeit nach seiner Einlieferung trotz der sofort an ihm vorgenommenen Operation verschied.

Eger bekommt ein neues Gymnasialgebäude. Die völlig unzulänglichen Raumverhältnisse des Egerer Gymnasiums liehen nunmehr den Plan der Erbauung eines neuen, allen modernen Anforderungen entsprechenden Gymnasialgebäudes in ein entscheidendes Stadium treten. In diesen Tagen wird bereits im Besitze eines Vertreters des Unterrichtsministeriums die Kommissionierung des von der Stadtgemeinde Eger zur Verfügung gestellten Bauplatzes am Gregoriendplatz in Eger erfolgen. Die Baustelle ist sehr günstig in der Nähe des Bahnhofs gelegen und so geräumig, daß auch genügend Platz für einen ausgedehnten Schulgarten vorhanden ist. Wenn alles glatt verläuft, dann kann das neue Egerer Gymnasium im Schuljahre 1937/38 bereits in Gebrauch genommen werden.

Vermihte Menschen. Aus Graslitz wird uns berichtet: Vor einigen Tagen hat sich der in Markthausen bei Graslitz wohnhafte geisteskranke Franz Müller aus seiner Verbannung entfernt, ohne bisher wieder zurückgeführt zu sein, weshalb die Vermisshanzeige erhaltet wurde. — Seit Wochenfrist ist der zuletzt in Oberlohm bei Franzensbad wohnhaft gewesene Kriegsinvalide Andreas Luka, ein Kellner, abgängig. Luka ist 45 Jahre alt, groß, von starker Statur und hat einen steifen linken Arm; am linken Bein trägt er eine Prothese. Zuletzt wurde er in Eger im Café „Waldstein“ gesehen. Der Vermishte ist verheiratet und Vater dreier Kinder. — Gleichfalls seit einer Woche abgängig ist der 31-jährige verheiratete Schlosser



Franzbranntwein zu Massagen und Einreibungen des Körpers

Adolf Schmiedlung aus Bieditz bei Kaltenau, der wiederholt Selbstmordabsichten geäußert hat, so daß es nicht ausgeschlossen erscheint, daß der Mann Hand an sich selbst gelegt hat.

Jagdrevier ohne Jagd. In den Bezirken Schildberg und Hohenstadt sind für die einzelnen Jagdreviere keine Pächter zu finden. Zu den Jagdverpachtungen kommt in der Regel nur der Kutscher mit dem Schreiber. Die Ursache ist darin zu suchen, daß das Wild dieser Jagdreviere fast völlig ausgerottet wurde. Die Jagdergebnisse seien deshalb immer bescheiden gering.

Auch der Negus meldet Siege

Abdis Aheba. (Neuer.) Ein offizielles Kommuniqué besagt: Die große Schlacht an der Nordfront in der Provinz Tigre, die am 20. Jänner einsetzte, ist in vollem Gange. Die abessinischen Truppen haben die Angriffe der Italiener zurückgeschlagen und sind selbst zum Angriff übergegangen, wobei sie wichtige Positionen besetzten und viel Kriegsmaterial, u. a. auch zahlreiche Geschütze, erbeuteten. Einige tausend italienische Soldaten sind im Kampfe gefallen. Die abessinischen Verluste sind noch nicht bekannt. Major Dagnebadajo schloß mit dem Gewehr ein italienisches dreimotoriges Flugzeug ab. Die Kämpfe sind sehr zäh, als kommt es zu Bajonettkämpfen und zum Kampf Mann gegen Mann. Diese Kämpfe werden nordwestlich von Rasale geführt.

Nach abessinischen Berichten von der Südfront begann Ras Kassibu eine Offensive gegen die italienischen Linien im Süden, die sich in einer Länge von ungefähr 700 Kilometer hinzog. Die Offensive verfolgte das Ziel, General Graziani zu zwingen, seine Aktionen gegen Ras Desfa aufzugeben.

Danzig rebelliert gegen Genf

Genf. (Tsch. P. B.) Der Präsident des Danziger Senates Greifer sandte dem hohen Kommissar für Danzig, Lester, die Antwort auf den Jahresbericht, den Lester dem Völkerbund übergeben hat. In seiner Antwort behauptet Greifer, daß die Politik des Danziger Senates im Einklang mit der unabhängigen Jurisdiktion des Obersten Gerichtes stehe und daß niemand die vom Völkerbund garantierte Konstitution angezweifelt habe. Die Freiheit der Presse ist nach der Behauptung des Präsidenten des Danziger Senates Greifer in Danzig eine absolute, müsse aber in den gesetzlichen Grenzen gehalten werden. Greifer erwähnte auch den reichsdeutschen Staatsangehörigen Forster, der in Danzig nur als „Gauleiter“ tätig sei, das ist als Gauleiter der nationalsozialistischen Partei; insgedessen müsse seine Tätigkeit nur vom Standpunkte der politischen Partei beurteilt werden.

Die Mitglieder des Völkerbundes, denen das Dokument übergeben worden war, verhehlten nicht ihre Mißbilligung über die Ausführungen des Präsidenten des Danziger Senates.

Illegale Sozialisten verurteilt

Wien. (Tsch. P. B.) Nach zweitägiger Verhandlung wurden vor dem Wiener Schouurgericht 15 revolutionäre Sozialisten wegen Verbreitung von hochverräterischen Druckschriften verurteilt. Die ersten zwei Angeklagten, Anna Wid und Friedrich Grummich, wurden zu je 16 Monaten, die übrigen 13 Angeklagten zu je einem Jahr strengen Arrest verurteilt. Neben weitere Angeklagte wurden freigesprochen, doch werden sie der Polizei überstellt werden.

Die Gewerkschaften bei Minister Nečas

Am Dienstag, den 21. Jänner, fanden sich die Vertreter der gemeinsamen Landeszentrale des ČSČ, beim Minister für soziale Fürsorge Ing. Nečas ein, um die Forderungen, die die Gewerkschaftszentrale mit Rücksicht auf das neuere Ansehen der Arbeitslosigkeit als am dringendsten erachtet, vorzubringen. In der Aussprache wurde auf die notwendige Beschleunigung und Erweiterung der öffentlichen Arbeiten, namentlich auf die ringende Aenderung der Bergabordnung hingewiesen; auch die Exportförderungen wurden betont. Die Vertreter der Zentrale forderten auch eine ordentliche Vertretung der Arbeitnehmer in den in den einzelnen Branchen geschaffenen Syndikaten, damit deren Produktion und Preispolitik vom Gesichtspunkte der gemeinnützigen wirtschaftlichen Interessen gelöst wird. Ferner behandelten die Vertreter der Zentrale ausführlich die Frage der Arbeitszeit und der Arbeitsvermittlung. Sie brachten dann konkrete Vorschläge über die ungenügende Arbeitslosenfürsorge vor und machten darauf aufmerksam, daß einige Bezirke und ebenso auch Mitglieder der Gewerkschaftsorganisationen, soweit sie ungenügende Unterstüßungen beziehen, zu Unrecht aus der Nothilfe ausgeschlossen werden. Die Delegation der Gewerkschaftszentrale betonte noch ausdrücklich, daß sie als Hauptaufgabe der Regierung die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Arbeitslose ansieht, welcher sie immer den Vorrang vor den Unterstüßungen geben wird. An der Delegation beteiligten sich die Vertreter der gemeinsamen Landeszentrale Macoun, Kofcher, Lanerle, Nemecek, Smejtal, Zaharda und Kadlec.

Dividendensteuer angenommen

Prag. Das Parlament verabschiedete am Donnerstag die Dividendensteuer und eine Vorlage über die Weidenebenung in der Slowakei und vertagte sich dann wieder auf zwei bis drei Wochen, ohne das Datum der nächsten Sitzung genau zu präzisieren. In der Zwischenzeit wird voraussichtlich das Subkomitee des Budgetausschusses die eben vorgelegte Novelle zum Gesetz über die direkten Steuern durcharbeiten.

Aus dem Referat des Abg. Dr. Kobal über die Dividendensteuer ging hervor, daß die Steuer etwa 25 bis 30 Millionen eintragen dürfte. Daß die Dividenden bisher unbesteuert blieben, erklärt der Referent damit, daß man die Später veranlassen wollte, ihre Reserven nicht nur auf Einlagebüchern, sondern auch in der Produktion selbst anzulegen und damit zu ihrer Behebung beizutragen. Diese Hoffnungen hätten sich nicht erfüllt. Damit entfällt auch der Grund, gerade das Einkommen aus Aktien anders zu behandeln.

In der Debatte entwickelte Klement (Komm.) unter neuen Angriffen auf die sozialistische Regierungsparteien ein Hilfsprogramm für die Arbeitslosen: „auf Aoffen der Arbeit“, das rein auf die Agitation berechnet ist, weil heute eben die zur Verwirklichung eines einigermassen radikalen Programms nötigen 151 Stimmen nicht aufzubringen sind. Das wissen die Kommunisten selbst nur zu gut. Trotzdem treiben sie ihr unwürdiges Spiel mit den Arbeitslosen weiter, nur noch übertroffen von der SDP.

Die kommunistischen Änderungsanträge wurden denn auch abgelehnt. In der weiteren Debatte lehnte Birke (SDP) namens seiner Partei „jede Verantwortung für die Folgen ab, die aus der Teilnahmslosigkeit gegenüber dieser Not (im sudetendeutschen Gebiet) entstehen könnten“. Die Herren müßten erst einmal unter Beweis stellen, daß sie bisher auch nur einen funktionslosen Verantwortungsgefühl für den sudetendeutschen Menschen wirklich aufgebracht haben! Im übrigen immunisierte Birke das Referat der „Zeit“ über die geistige Notstands- und Hungergefahr der SDP, das vom Referat ziemlich unklar behandelt worden war. Zweite Lesungen und zwei Kommunitäten bildeten den Rest der Sitzung.

Einkommensteuer bei Landwirten

Heuer keine Pauschalierung
Laut Pressemeldungen und Mitteilungen von zuständigen Stellen müssen die Landwirte ebenso wie die anderen Steuerträger bis spätestens 31. Jänner d. J. ein schriftliches Einkommensverhältnis über das Einkommen im Jahre 1935 mit den amtlichen Formularen einbringen. Die in den früheren Jahren zwischen den Landeskontrollräten und den Finanzlandesdirektionen vereinbarte Pauschalierung der Einkommensteuer entfällt heuer.

Jeder steuerpflichtige Kleinlandwirt wird aufmerksam gemacht, das Einkommensverhältnis einzubringen, da ansonsten die Steuer von der Behörde nach deren Auffassung bemessen wird. Die Bezirksverbände, die Zentralverband der deutschen Kleinbauern und Gärtner werden den Steuerpflichtigen in jeder Hinsicht an die Hand gehen, besonders bei der Ausfüllung der Einkommensformulare.

Zentralverband der deutschen Kleinbauern und Gärtner.

Handstreich der SdP auf die Lese- und Redehalle

Mittwoch fand die Generalversammlung der Lese- und Redehalle der deutschen Studenten in Prag statt. Die Halle ist der seit 1848 bestehende, auf eine lange demokratische Tradition zurückblickende Verein, in dem sich ursprünglich die gesamte deutsche Studentenschaft Prags zu kultureller Arbeit zusammenschloß, der aber später gespalten wurde und gegenüber der völkischen „Germania“ und der freien Vereinigung sozialistischer Akademiker die Sammelorganisation der liberalen Studenten wurde.

Bei der Generalversammlung fanden sich mehr als 200 Teilnehmer ein, die sich aber, wie sich bald zeigte, zum größten Teil aus Mitgliedern und Freunden der SDP rekrutierten, die offenbar nach einem bestimmten Plan der Halle beigetreten waren, um diese bisher demokratische Organisation in ihre Hand zu bekommen. Tatsächlich wurden vom alten Ausschuss nur zwei — rechtsstehende — Kandidaten gewählt, im übrigen aber ein Ausschuss, der sich aus SDP-Leuten ergängt.

Die Studenten hatten vielfach hektographierte Zettel mitgebracht, auf denen vorgeschrieben war, wer zu streichen und wessen Namen an die Stelle des Gefirchtenen zu setzen sei. Die SDP siegte mit knapper Mehrheit.

Damit ist die traditionelle Organisation der liberalen Studenten vorläufig ein Werkzeug der SDP geworden. Der Ueberrumpelungserfolg ist um so bedeutender, als bei den Wahlen in die völkische Organisation, die an Stelle der aufgelösten Germania entstanden ist, die Henkleinleute gegenüber den radikalen Korporationen unterlegen sind. Sie haben dort gegen die nationalsozialistisch orientierten Studenten eine schwere Niederlage erlitten, die sie wohl durch die Eroberung der „Halle“ ausmerzen wollen.

Agrarier wollen Neudeker Textilunternehmen kaufen?

Die Mährische Bank, die unter dem Einfluß der tschechischen Agrarier steht und die Interessen jener agrarischen Industriegruppe vertritt, die sich um den Landesauschussbeisitzer Stoupal gruppiert, welcher einer der führenden Männer des rechten Flügels der Agrarier ist und große Zückerinteressen in Mähren hat, versucht nun auch in der Textilindustrie Fuß zu fassen. Es haben, wie der „Prager Börsencourier“ meldet, Verbindungen zwischen dem Präsidenten der Mährischen Bank Dr. Ansofsky und dem Generaldirektor Gustav Haas der Neudeker Wollwämerei- und Kamungarnspinnerei A.-G. in Neudel stattgefunden, welche die Erwerbung der Majorität der Aktien des letztgenannten Unternehmens bezwecken. Man muß abwarten, ob sich diese Nachricht bestätigt, die, wenn sie den Tatsachen entspräche, von großer Bedeutung für das Neudeker Gebiet wäre.

Die Hauptverhandlung gegen die Mitglieder der Deutschen Landjugend, die für den 24. Jänner beim Kreisgericht Leitmeritz festgesetzt war, wurde über Senatsbeschluss zum 3. Februar vertagt. Die vom Verteidiger der beiden Angeklagten Summer und Köfeler beim Obergericht in Prag erhobenen Einsprüche wurden abgelehnt. Die Anklage ist dadurch rechtskräftig geworden.

Ein Galentanz-Differ verrät sich selbst. In einem Gasthaus in Drahowitz bei Karlsbad erzählte der Dachdecker Fritj Schneider, er habe im Jahre 1933 auf dem Schornstein des Karlsbader Fernheizwerkes eine Galentanzfahne gehißt. Der Vorfalle erregte seinerzeit großes Aufsehen. Die Fahne konnte erst nach Überwindung großer Schwierigkeiten geborgen werden. Bei der Einvernahme durch die Polizei gab der Dach-

Ein Kind für fünf Francs verkauft. Neben den Fällen grausamer Behandlung von Kindern, welche die französische Öffentlichkeit um so mehr erregen, als sie sich immer wieder ereignen, sind in der letzten Zeit auch Fälle zu verzeichnen, wo Kinder regelrecht verkauft worden sind. Erst vor wenigen Tagen hat die Polizei in Lille wieder einen solchen Fall festgestellt. Es handelt sich um die professionelle Bettlerin Marie Follan, die Mutter von vier Kindern ist. Drei von ihnen sind ihr bereits fortgenommen und in öffentliche Fürsorge gegeben worden. Das vierte, ein Mädchen im Alter von wenigen Monaten, hatte man der Mutter gelassen, die es nährte. Die Polizei erfuhr nun vor einigen Tagen, daß sich der Säugling im Wohnwagen von Jahrmarkt-Kristen befand. Als man das Kind dort abholen wollte, wurde der Polizei ein Adoptionschein vorgezeigt, wonach die Mutter bestätigte, ihr Kind den Artisten an Elzen Stadt übergeben zu haben. Sie hatte dafür ganze fünf Francs erhalten. Da es sich offensichtlich um Verkauf handelte, verhaftete die Polizei die „Adoptivmutter“. Die entmenschte Mutter konnte noch nicht aufgefinden werden.

Kurzberichte in drei Zeilen sind heute in der Presse der ganzen Welt üblich, bei den Londoner Zeitungen und dem immer eiligen City-Publikum aber ganz besonders beliebt. Es war auch ein englischer Journalist, der die Kurzmeldungen „erfunden“ hatte, Felix Fenelon. Aber er wäre vermutlich mit einer Kurzmeldung nicht einverstanden gewesen, die man vor einigen Tagen in einem großen Blatte lesen konnte, und in der es über die Wahlen in Porto-Rico, ebenso kurz, erschöpfend und bündig hieß: „Das Wahlergebnis ist gestern verkündet worden. Es gab acht Tote und vierzig Verletzte.“

Frauen machen Heiratsanträge. Das Jahr 1936 ist ein Schaltjahr. Nun bestand in den Gründerjahren Amerikas die Sitte, daß in solchen Jahren junge Mädchen Heiratsanträge an Männer machen durften. Dieser Brauch, der mit den damals bestehenden Auffassungen in eklamantem Widerspruch stand, ist eines der ersten Anzeichen der Emanzipation der Frauen in den Staaten gewesen. Seit damals hat sich vieles verändert, und es ist heute nichts mehr ungewöhnliches, daß der Heiratsantrag von der Frau ausgeht. Um aber an den alten Brauch zu erinnern, haben jetzt einige Staaten verfügt, daß im Jahre 1936 junge Paare gebührenlos getraut werden können, wenn durch Zeugen nachgewiesen wird, daß die Ehe durch einen Antrag der Frau zustande gekommen ist.

Mitterwochen im Unterseeboot. Was exzentrische Einfälle angeht, so stehen die Amerikaner immer an erster Stelle. Marjorie Libbery Gould heiratete vor kurzem unter großem Bomb. Sproß der berühmten Bankiersfamilie, konnte sie mit Recht etwas Extravaganzes beanspruchen. Sie beschloß darum, die Mitterwochen in einem Unterseeboot zu verbringen. Das junge Paar kaufte eins, folglich nach der Hochzeit ging das Boot auf den Meeresgrund, und tauchte offiziell erst genau nach dreißig Tagen wieder im Hafen von New York auf.



„Geben Sie doch den Daumen vom Braten!“
„... daß er mir nochmal auf die Erde fällt!“

Zuche nach dem Weißen Gott. Die aus Georgetown (Britisch Guyana) gemeldet wird, teilte der amerikanische Flieger Art Williams mit, er habe nach dem Flieger Redfern Spuren gefunden, der seit dem Jahre 1927 vermisst wird. Redfern hatte einen Flug aus den Vereinigten Staaten nach Rio de Janeiro unternommen. Williams befand sich auf einem Forschungsflug durch die unzugänglichen Dschungeln von Südamerika in der Nähe der Grenze von Guyana, wo er jetzt einige Gegenstände auffand, die davon zeugen, daß Redfern unter Indianern lebt. Wegen des Mangels an Lebensmitteln, der Unpassierbarkeit des Terrains und wegen Judisposition war Williams gezwungen, von weiteren Nachforschungen abzulassen, u. zw. in dem Augenblicke, als es schien, daß die Expedition ihrem Endziele nahe war. Williams erklärt in seinem Bericht, er werde neuerlich in die Urwälder starten, sobald er die notwendigen Reparaturen an seinem Flugzeug beendet haben werde. Die Rettungsaktion Williams finanziert der reiche Georgetown Kaufmann Edwin Sill, dem Nachrichten zu Ehren kamen, daß ein weißer Mann unter den Indianern in den unzugänglichen Urwäldern Südamerikas lebe, wo er als Gott verehrt werde. Der Flieger Williams wird von seinem Freunde Harry Wendi und einem indianischen Führer begleitet. Die Nachforschungen werden in den Urwäldern südlich der Grenze der drei Guyanas durchgeführt.

Güte aus Därmen. Die Schöpfer der englischen Outmode sind auf einen absonderlichen Gedanken gekommen. Als Material für Damenhüte werden neuerdings — Därme verwendet. Man behauptet, daß dieses Material besonders geeignet sei, da es, nach einem speziellen chemischen Verfahren einen Stoff abgibt, der zwischen Seide und weichem Chamolleder liegt. Die verschiedenen Farben sollen sehr schöne Schattierungen geben, und der Vorzug soll auch darin liegen, daß das Muster bereits im Darmgewebe selbst liegt. Auch Gürtel und Handschuhe aus diesem Material werden neuerdings auf den Markt gebracht. Sollte sich diese neue Modetorte wirklich durchsetzen, werden die englischen Wurstmacher ihre Bürste in Seide- und Blüschhüllen herstellen müssen!

Agga Khan wird in Gold aufgewogen. Aus aller Welt strömen nach Bombay die Anhänger der Ismaeliten zusammen, um das 60jährige Jubiläum des Oberhauptes ihrer Sekte, Agga Khan, zu feiern. Die Feierlichkeiten werden Unsummen verschlingen, aber am teuersten wird wohl Agga Khan selbst zu stehen kommen. Denn nach alter Tradition wird Agga Khan auf öffentlichem Platze gegen Gold aufgewogen werden. Er wird die eine Schale einer riesigen Waage betreten, auf deren andere Schale Goldmünzen geschüttet werden, bis das Gleichgewicht erreicht wird. Die Münzen werden dann unter das Volk gestreut. Da Agga Khan ein recht corpulenter Herr ist, dürfte sein Gewicht eine sehr ansehnliche Summe Goldes ausmachen.



Eine 15jährige begnadete Malerin

Im Palmenhaus am Wiener Burggarten wurde vor kurzem eine eigenartige Gemäldeausstellung eröffnet, deren Werke ausschließlich von der Hand eines kaum 15jährigen Mädchens, Roswitha Witterlich, stammen. Ein Teil der ausgestellten Bilder wurde von Roswitha Witterlich gemalt, als sie erst neun, elf und 14 Jahre alt war. Sie ist die Tochter eines Turnlehrers, der mit seiner kranken Frau in außerordentlich bescheldenen Verhältnissen lebt, und hatte die Werke nur für sich allein geschaffen, oft ohne daß irgendeiner eine Ahnung davon hatte. Unser Bild zeigt die noch kindliche Künstlerin, die aber in ihren Werken eine eigenartige Reife beweist, mit ihrem Gemälde „Maria mit dem Narren“.

Die katholischen Gewerkschafter im Dritten Reich

Eine bemerkenswerte Äußerung über die Tendenzen der christlichen Arbeiterbewegung

(R. F.) Der Berliner Korrespondent des holländischen sozialdemokratischen Organs „Het Volk“, berichtet über eine Unterredung, die er mit einem jungen, führenden Mitglied der katholischen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland hatte. Der Betreffende ist in Deutschland geblieben und kennt die heutigen Strömungen innerhalb der katholischen Arbeiterschaft aus eigener Anschauung sehr genau. Wir geben im Folgenden seine Ausführungen wieder:

„Wir katholische Gewerkschaftsfunktionäre haben die Diktatur nie für eine rasch vorübergehende Erscheinung gehalten, denn sie hat sich wirklich tief in die Grundlagen der wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung Deutschlands eingewurzelt. Die alte individual-liberalistische Epoche ist durch die Kriegserfahrung und durch die gesellschaftlichen Umwälzungen der Nachkriegszeit endgültig abgeschlossen worden. Der Krieg hat das deutsche Volk wirtschaftlich und geistig aufs tiefste aufgewühlt. Die Millionenmännern konnten ihre alte bürgerliche Welt nicht wiederfinden. Aus dem Gefühl der inneren und äußeren Unsicherheit heraus ist in den Menschen ein entschiedenes kollektivistisch-sozialistisches Sehnen entstanden. Das Zentrum und die sogenannten demokratischen Parteien haben diese große seelische Krise nie verstanden und wollten aus ihrem Gesichtskreis heraus die nach neuen sozialen und wirtschaftlichen Formen strebende Sozialdemokratie kompromittieren.“

Die alten Zentrumsführer haben sich in dem jahrelang andauernden revolutionären Zustand nur um Parlamentsmandate gekümmert. Erzberger, der bereit war, mit den alten Parteienformen zu brechen, ist ermordet worden. Die katholischen Sozialisten vermochten es nicht, ihren Willen zur Geltung zu bringen. Der sozial-radikale Dr. Wirth wurde von seiner eigenen Partei unmöglich gemacht. Die katholische Gewerkschaftsbewegung geriet unter die Führung des rechtsgerichteten Stegerwald. Und Dr. Brüning war der Schüler Stegerwalds.

Es ist eine einfache geschichtliche Wahrheit, daß das Hakenkreuz aus unserem Versagen vor allen

Problemen der sozialen Umgestaltung Ruhen gezogen hat. In seiner Propaganda hat es das Sehnen nach sozialistischer Gemeinschaft für sich ausgenutzt, was wir christliche Gewerkschafter, die wir uns an eine alte, sterbende Partei gebunden hatten, nicht tun durften.

Ob es eine illegale christliche Gewerkschaftsbewegung gibt? Wahrscheinlich nirgends, obwohl zwischen den früheren Gewerkschaftsmitgliedern noch viele, enge Beziehungen bestehen. Unter uns glaubt niemand, daß die frühere Spaltung und zwischen den sozialistischen und den christlichen Gewerkschaften jemals wiederkehren wird. Die Diktatur hat alle Hindernisse hinweggeräumt. Die einer Vereinigung entgegenstanden. Der christliche Arbeiter hat seine Angst mehr vor den sozialistischen Forderungen.

Für uns junge christliche Gewerkschaftsfunktionäre ist der Sozialismus kein Problem mehr. Die Enteignung des Großgrundbesitzes, der Kohlengruben und der Schwerindustrie ist heute auch unsere Forderung. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein eventueller Protest der Kirche auf uns Eindruck machen könnte, da die Kirche bisher noch nie gegen die Enteignung der Juden protestiert hat. Wenn die Enteignung des jüdischen Waffenfabrikanten Simpson mit dem Katholizismus vereinbar ist, dann kann die Sozialisierung der Krupp-Werke auch nicht unvereinbar mit ihm sein.

Wir katholischen Arbeiter sind übrigens Anhänger der Trennung von Kirche und Staat; in dieser Frage ist ein großer Teil der niederen Geistlichkeit auf unserer Seite und auch unsere Diskussionen mit den sozialistischen Freidenkern haben in dieser Beziehung aufgehört.

Die Haltung der Kirche wird bei der Gestaltung der kommenden deutschen Rechtsordnung und in der Frage der Demokratie große Schwierigkeiten verursachen. Der deutsche Katholizismus ist, wenigstens soweit es die geistigen Führer angeht, längst von der formalen Demokratie zum Ständestaatsgedanken übergegangen. Aber das österreichische Beispiel zeigt, wie wenig die sozialdemokratischen Arbeiter für den Ständestaat zu gewinnen sind. Die deutsche katholische Arbeiter fordern für uns das Recht, mit unseren sozialistischen Arbeitsbrüdern zusammen für die sozialistische Gemeinschaft zu kämpfen.

Wieder ein Justizmord?

Während man sich in aller Welt fragt, ob die Hinrichtung Hauptmanns im Gefängnis zu Leontow, falls sie wirklich erfolgen wird, einen Schuldigen oder Unschuldigen trifft, bringt die „National-Zeitung“, Basel, die Nachricht, daß in Posen ein junger Mann verhaftet worden ist. Der sich beim Verhöre bezichtigte, den „Heidelberger Doppelmord“ begangen zu haben.

Es handelt sich um folgendes: Im Jahre 1920 oder 1921 (meine Notizen zu diesem Fall sind leider mit meinen anderen Papieren dem freundlichen Interesse der Hitlerpolizei zum Opfer gefallen; ich kann deshalb im Augenblick keine genauen Details angeben) wurden in einem Wald bei Heidelberg zwei Männer ermordet und ausgeraubt. Indizien weisen auf einen gewissen S. (Stefert, wenn ich mich recht entsinnere) hin. Er wurde zum Tode verurteilt und in Mannheim hingerichtet, obgleich er bis zuletzt seine Unschuld behauptete. Dahiher Justizminister, also begnadigungsberechtigt, war damals ein Zentrumsmann.

Im Volk herrschten damals starke Zweifel an Steferts Schuld; zu einer größeren Verlegung ist es aber nicht gekommen, nicht einmal zu einer Pressekampagne. Die Gefahren der Verurteilung und Hinrichtung auf Grund eines reinen Indizienbeweises wurden zwar unterstrichen; aber man

hatte in Deutschland noch nicht gelernt, gründen sich nicht auf die mangelnde Beweiskraft der Gerichtsentscheidungen, deren Begründung nicht hundertprozentig hieb- und stichfest war. Erst die Serie der Enthüllungen über Justizmorde (bekanntester Fall: Jakubowski), die in den nächsten Jahren folgte, alarmierte die Öffentlichkeit ernstlich.

Sollte sich jetzt herausstellen, daß S. tatsächlich unschuldig war? Daß die Liste der bekanntgewordenen Justizmorde sich um einen Fall vermehrt hat? Daß wieder einmal ein bloßer Indizienbeweis, trotz dem leidenschaftlichen Zeugnis des Angeklagten, einen Unschuldigen das Leben gekostet hat?

In der Meldung über den in Hesse Verhafteten ist ein Detail, das stutzig macht (es wird aber leicht und bald aufgeklärt sein): es soll sich um einen „jungen“ Mann handeln. Es ist kaum anzunehmen, daß der Mörder keine Tat begangen hat, als er jünger als 18 Jahre war (obgleich sich in der Kriminalgeschichte noch jüngere Schwerverbrecher finden; man erinnere sich nur an den „echtern“ Mörder aus Wien, dessen Tat vor einigen Wochen Entsetzen verbreitete). Der junge Mann, der jetzt verhaftet ist, müßte also heute immerhin ungefähr Mitte der Dreißiger sein.

Rußlands Lebensmittelindustrie.

Wir entnehmen dem Bericht, den der Volkskommissar für die Lebensmittelindustrie Kijojan in der diesjährigen Lage beredenen Session des Zentralerekutivkomitees der Sowjetunion erhielt, folgende Zahlen: Die Kapitalinvestitionen der Nahrungsmittelindustrie (örtliche und heimgewerbliche nicht mit inbegriffen) betragen im ersten Fünfjahresplan zwei Milliarden Rubel, in den drei verfloßenen Jahren des zweiten Fünfjahresplanes 2800 Millionen Rubel. Für 1936 sind Kapitalinvestitionen in der Höhe von 1155 Millionen Rubel vorgesehen. Es wurden 17 Fleischkombinate, 10 Zuckerfabriken, 41 große Konfervenfabriken, 37 Kühlhäuser, 205 mechanisierte Butterfabriken, neun Konditoreifabriken, 33 Milchfabriken, elf Margarinefabriken, 178 Brotfabriken, 22 Teefabriken und eine Reihe anderer Betriebe erbaut und in Betrieb gesetzt. Der Plan der Nahrungsmittelindustrie wurde im Jahre 1935 zu 111,5 Prozent ausgeführt. Nach dem Plan für das Jahr 1936 soll die Nahrungsmittelindustrie eine Produktion im Werte von 9150 Millionen Rubel ergeben, was die gesamte Produktion des Jahres 1932 mehr als doppelt übersteigt.

Landarbeitervertrag gescheitert

Wie der „Land- und Forstarbeiter“ meldet, sind die Verhandlungen, welche über den Abschluß der Richtlinien für die Landarbeiterlöhne in Sonderbeiträge in Prag geführt worden sind, gescheitert. Die Vertreter der Arbeiterschaft forderten die Rechtsverbindlichkeit der Kollektivverträge und die Erhöhung der allgemeinen Löhne auf das Niveau des Jahres 1932 für die Tagelöhner auf jenes von 1931. Außerdem wurden Lohnausgleiche für gewisse schwierige Arbeiten, wie Hopfentrocknen, für den Anbau von Johannisbeeren und Rohn und eine Erhöhung der Kartoffelprämie verlangt. Die Vertreter der Agrarier lehnten alle diese Forderungen ab. Die Verhandlungen des Vorsitzenden Dr. Kucera, im letzten Augenblick ein Kompromiß zu erreichen, schlugen fehl und so ist es vorläufig zu einem veritagslosen Zustand gekommen.

Neue Betriebs-einstellungen. Die erste Zeitschmelzerementwarenfabrik hat um die Bewilligung zur Einstellung des Betriebes nachgesucht. Ein gleiches Gesuch hat die Blech- und Metallwarenfabrik Nischel und Trauer in Mähr.-Ostrau eingereicht.

Prager Zeitung

Ein neuer Straßenbahn-Wagen in Brand. Gestern vormittags bemerkte der bei den Chotel-Anlagen Dienst verrichtende Schumann, daß aus dem Dach eines der neuen Wagen der Straßenbahn, die auf der Einser-Linie eingestellt wurden, Flammen schlugen. Er hielt den Wagen an, damit sich die Passagiere in Sicherheit bringen könnten und löste dann gemeinsam mit den Chauffeuren das Feuer, welches wahrscheinlich durch Kurzschluß entstanden ist. Das Dach des Wagens wurde vernichtet.

Betrügerischer Angestellter. Dem 27-jährigen Handlungsgehilfen Josef Čudoba aus Břitov gelang es, seiner Chefin, der Inhaberin des Stoffgeschäftes Gabriele May in Prag I., unter der Vorwand, daß er einem gut zahlenden Kunden gefunden habe, Stoffe und Kabazung im Werte von 20.000 Kč herauszulösen. Die Stoffe, soweit es Stoffe für Herrenanzüge waren, übergab er einem Schneider und ließ sich Anzüge nähen. Gestern gelang es, ihn zu verhaften und nach Vranov einzuliefern.

Invalide überfahren. Vorgestern abends rief der Chauffeur Jaroslav Oliva aus Wladišov, der mit seinem Kofauro P-17.156 durch die Rodebrader Straße in Břitov fuhr, vor der Fabrik „Papiergrafía“ gegen den dreißigjährigen Kutschenführer Josef Jura aus Brdolec. Jura wurde aus dem Wagen geworfen und schied innere Verletzungen erlitten zu. In der Nacht auf gestern um 3 Uhr rief der Chauffeur Bohuslav Čudob aus Břitov mit seinem Kofauro P-25.332 vor dem Hause Nr. 316 in Dejvitz mit dem Motorrad des 28-jährigen Postkammeranten Karl Ticháček aus Dejvitz zusammen. Hierbei wurde Ticháček aus dem Sitz geworfen und mit dem Kopf gegen den Motorblock des Autos geschleudert. Čudob brachte den Verunglückten in seinem Auto ins allgemeine Krankenhaus, doch starb er in der Aufnahmestunde. Das Verfahren wurde in beiden Fällen eingeleitet.

Wittellungen aus dem Publikum.

Wassiere Dich täglich; verfühle Dich nie! Das ist einmal ein Schlagwort, dessen Bedeutung nicht genug empfunden sein kann. Und er ist so leicht zu befolgen: Ein paar Tropfen des Aho-Brandbranntweins in die hohle Hand und dann fest den Körper damit emgerieben; er ist es angenehm frisch, dann wieder warm und vor allem: der Körper ist perfekt gegen Verwundung und Folgekrankheiten! Das sagt auch der Arzt!

Wasa ermäßigt die Preise um 20%, 35 Sorten warmer Schuhe und 30 Sorten warmer Strümpfe. Laut Weiterverfertiger ist es zu erwarten, daß der heutige Winter besonders lange dauern wird. Darum müssen Sie den billigen Einkauf warmer Schuhe und warmer Strümpfe aus. Für den Winter noch 1 Paar billigere, warme Schuhe.

Gerichtssaal

Ein „Journalist“ als Wohnungsdieb

Der bunte Lebenslauf eines Abenteurers
Prag. Der 25-jährige Emil Steiner, der gestern dem Straffenat Druska aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, ist eine merkwürdige Existenz. Er erklärt, Journalist zu sein und beruft sich darauf, daß er für einige hiesige Zeitungen hier und da Artikel geschrieben habe. Die Polizei sieht in diesen Angaben Verunsicherung. Steiner ist in Temesvár im heutigen Rumänien, geboren, hat einen Teil seiner Jugend in Frankreich verbracht, in Paris das Gymnasium und in Lausanne drei Semester einer Akademie absolviert, worauf er in die Welt ging, um mit großer Schnelligkeit auf die höchste Ebene zu kommen. In Budapest erhielt er als erste Strafe drei Monate Kerker, wechselte dann in unsere Republik über, wo er alsbald wegen Betrugs abgestraft und ausgewiesen wurde. Er lebte aber heimlich zurück und machte sich neuerlich in Prag anständig. Gestern stand er abermals

Ein ganzes Land im Ausverkauf

Billigkeitstaumel in Holland

Am 1. Jänner, Mitte Jänner, Wer in diesen Tagen nach Holland kommt, in die größte Stadt, in das kleinste Dorf, reißt sich die Augen: man ist im Paradies der billigen Waren, der niedrigen Preise. Aus allen Schaufenstern, von allen Firmenbildern, aus allen Zeitungsinseraten, von allen Plakaten schreit, brüllt, donnert es auf jedermann herab: **Opportunität!** Und dieses Zauberwort heißt in schließlichem Deutsch ganz einfach Ausverkauf.
Ausverkäufe sind, darüber kann kein Zweifel bestehen, in dem Maße, in dem sie heute existieren, eine Krisenerscheinung. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, muß die Krise in Holland ärger sein als irgendwo in der Welt. Nun, sie ist arg, und die 400.000 Arbeitslosen, die es heute in Holland gibt, stellen 5 Prozent der Gesamtbevölkerung dar. Aber diese Massenanhäufung von Ausverkäufen in Holland hat ihren Grund in

vor Gericht wegen schweren Diebstahls, und zwar gemeinsam mit seiner Freundin, der um vier Jahre älteren Hausgehilfin Hildegard Pils.

Die beiden hatten sich, wie sie bei der Verhandlung gestanden, zusammengetan, um die Dienstherrin der Pils, eine Frau Olga Schulz in Prag VII., auszuplündern, was ihnen auch ausgezeichnet gelang. Am 2. November bedankte sich sowohl Frau Schulz als auch deren Sohn außerhalb Prags und in der Wohnung blieb die Pils allein zurück. Sie hatte bereits vorher mit ihrem Freund Steiner alles im Detail besprochen und der Plan wurde nun durchgeführt. Steiner kam zu ihr und sie übergab ihm zunächst einiges Geld und Schmuckstücke, die sie eigenhändig beiseitegeschafft hatte. Dann machte sich Steiner selbst mit Hilfe der Schlüssel, die ihm seine Stompilgin beschaffte, an die Arbeit. Die Pils war ganz außerordentlich. Nebst verschiedenen in- und ausländischen Geldnoten und Münzen im Werte von vielen tausend Kronen fielen den Dieben noch zahlreiche wertvolle Schmuckstücke in die Hände, darunter eine diamantbesetzte Platinuhr für 20.000 Kč, eine Goldkette, wertvolle alte Arbeit, für 15.000 Kč u. a. m. Aber auch Kleinigkeiten, wie eine Flasche Kölnischwasser, ein Badetischtuch und ähnliche Sachen die beiden mitgehen, mit einem Wort: sie räumten sämtliche Schränke und Tischladen auf gründlichste aus. Dann fuhr Hildegard Pils unermüdlich nach Brünn, wo sie am nächsten Tag ihr Komplize und Freund Steiner mit dem Hauptteil der Beute nachfolgte. Von Brünn begab sie sich nach Olava, um von dort über die Grenze zu emwandern.

Zwischen war aber der Diebstahl entdeckt und sämtliche Handlungskonten alarmiert worden. Angeachtet angenommenen falscher Namen wurden Steiner und die Pils in Olava verhaftet. Von der Diebstahlsbeute wurde nur mehr ein Teil aufgefunden, etwa 40.000 Kč.

Das Gericht fällt ein strenges Urteil. Steiner wurde zu zweieinhalb Jahren, die Pils aber zu zwei Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Ein verhängnisvoller Sprengschuß

Prag. Es ist genau ein Jahr her, daß sich der tragische Vorfall ereignete, dessen strafgerichtliches Nachspiel nach mehrfacher Vertagung gestern vor dem Straffenat Mareček endlich seinen Abschluß fand. Angeklagt war der 63-jährige Sprengmeister Franz Podlzet aus St. Mikien bei Davle, der seit vielen Jahren in dem dortigen Steinbruch seinen verantwortungsvollen Beruf ausübte.

Am 23. Jänner 1935 wurde in der Mittagsstunde im Steinbruch von St. Mikien gesprengt. Bei einem der Sprengschüsse wurde ein 70 Pfund schwerer Stein mit solcher Gewalt in die Luft geschleudert, daß er im Hofe eines benachbarten Häuschens niederkam. Unglückslicherweise arbeitete zur selben Zeit die Häuslerin Antonie Kral auf dem Hof. Sie wurde von dem nieder-

fallenden Stein mit solcher Wucht auf den Kopf getroffen, daß sie mit zerstückeltem Schädelknochen tot zusammenbrach. Es setzte eine scharfe Untersuchung gegen den verantwortlichen Sprengmeister ein, die schließlich zur Erhebung der Anklage wegen fahrlässiger Tötung führte, in der dem Angeklagten zur Last gelegt wurde, er habe nicht die nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen und insbesondere das vorgeschriebene Warnungssignal durch einen Trompetenschuß verstoßen. Das Verweidverfahren brachte indessen zum Vorschein, daß das Unglück einem tragischen Zufall zuschreiben war und nicht einer Verletzung des alten Sprengmeisters, der von der Anklage freigesprochen wurde.

Kunst und Wissen

Eine Aufführung. Wir werden vom Vorstand des Deutschen Theater-Vereines in Prag um die Aufnahme folgender Stellen ersucht: Aus Anträgen, die in den letzten Tagen an den Theater-Verein gelangt sind, geht hervor, daß bezüglich der Theaterplätze am Abend des **Präsidentenbesuches** verschiedentlich irrtümliche Auffassungen verbreitet sind. Für die Vorbereitung war leider nur eine sehr kurze Frist zur Verfügung. Der Theater-Verein mußte selbstverständlich Sorge tragen, daß den Mitgliedern der Regierung und der Anwälte des Präsidiums die entsprechende Anzahl von Sätzen zur Disposition gestellt werde. Dabei mußten die Abonnenten dieser Plätze mit anderen Plätzen entschädigt werden. Es war nicht möglich, an Vertreter des deutschen Kultur-, Wirtschafts- und sozialen Lebens in Prag besondere Einladungen zu richten, weil die Zeit für die Vorbereitung zu kurz war. Der Andrang zu der Vorstellung war über Erwarten groß, so daß viele Personen keine Karten erhielten. Der Deutsche Theater-Verein bedauert es auf das Lebhafteste, daß er nicht allen Wünschen gerecht werden konnte und daß die zeitliche Beschränkung ihn hinderte, alle Vorbereitungen zu treffen, die den Abend noch glänzender gestalten hätten.

Arbeitervorstellung „Eine Nacht in Venedig“. Operette von Johann Strauß, am Sonntag, den 2. Febr., um halb 8 Uhr. Karten täglich von 3 bis 2 und 4 bis 6 Uhr bei Optiker Deutsch, Koruna.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag halb 8: Gentleman, Ensembleaktspiel des Deutschen Volkstheaters Wien mit Albert und Elise Baffermann. Abonnement aufgehoben. — Samstag halb 8: Die Lebenslüge, Ensembleaktspiel des Deutschen Volkstheaters Wien mit Albert und Elise Baffermann. Abonnement aufgehoben.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute, Freitag 8 Uhr: „Anna sagt nein“, Theatergemeinschaft des Kulturverbandes und freier Verkauf. — Samstag 8: Am Londoner Rhein, volkstümliche Vorstellung.



Dicie Moore und Virginia Weidler in dem Film „Peter Abbotson“.

einer gesetzlichen Maßnahme, die einzigartig in der Welt ist.
Die zahllos einlaufenden Ansuchen um Verwilligung von Liquidations-, Saison- und sonstigen Ausverkäufen haben die Regierung beunruhigt, eine drakonische Regelung zu treffen: jeglicher Ausverkauf in Holland ist nur in der Zeit zwischen 2. und 21. Jänner zugelassen; auf diese Weise sollte die Konkurrenz in geregelte Bahnen gelenkt werden. Gleiches Anrecht für alle, wenn schon die Gleichheit der Wohlfahrt für alle nicht erreichbar ist.

Ein Warenhaus in Rotterdam annoncierte einige Tage vor Beginn des großen Taumels, es werde Anabenanzüge zum Preis von 1 Cent zum Verkauf bringen — es hatte die Wahrheit gesprochen, und die Mütter stürzten sich auf die kostbar-billigen Ware. Die Anzüge hätten schließlich auch veräußert werden können, aber das verbietet das Gesetz. Ein Schuhladen in Amsterdam bot Schuhe, die 10 Gulden gekostet hatten, zu 50 Cent aus; es waren nicht einmal nur die Vilsbütanen- und Niesen-Größen. In den Schaufenstern prangt, was im letzten Jahr und vielleicht in den letzten fünf Jahren nicht verkauft werden konnte. Am 3. Jänner sieht man bereits auf den

Straßen die Folgen dieses Billigkeits-Runs: phantastische Karben, exotische Meider-, Mantelmodelle, die man nur laufen kann, wenn man von niedrigen Ziffern beherrzt ist. Die Hausfrauen trübten in „leicht beschädigter“ Ware, über deren Fehler sie nur im Kaufzustand hinwegsehen können. Man erzählt einander von rätselhaften Gelegenheitskäufen, und die Briefstaschen, kaum erholt von den Anstrengungen der Fests (man beschenkt einander übrigens nur am St. Niko-laus-Tag, fast gar nicht zu Weihnachten), kaum wiederaufgefüllt am 1. Jänner, leeren sich blühartig vom 2. Jänner an.

Es gibt in Holland 400.000 Arbeitslose, aber es gibt auch ungeheuerlich viel Kapital, das aber nicht rollt. In einem winzigen Ort eröffnete man eine Sparkasse mit einer ersten Einlage von 200 Gulden; heute sind fast 3 Millionen eingezahlt. Wer Geld hat, rübt es nicht an. Reiche und Arme stürzen sich in die „Opiuming“, beide fühlen sich gleich arm, fühlen sich gleich glücklich im Paradies der Billigkeit; reguläre Ware zählt nicht. Und erst am 23. Jänner wird man sich dessen bewußt, daß es doch noch eine Krise gibt und daß die Illusion ihr Ende genommen hat. R. R.

Sport-Spiel-Körperpflege

Wie steht es um Danzigs Arbeitersport?

Der Arbeiter-Turn- und Sportverband Danzig führte am 19. Jänner seine Jahresversammlung durch. 50 Delegierte nahmen daran teil. Der Verbandsvorsitzende D. Thoma hatte den organisatorischen Bericht so verfaßt, daß er den Rückblick monatweise mit seinen Ereignissen brachte. Das Jahr 1935 dürfte in der Geschichte der Danziger Arbeitersportbewegung wohl als das schwerste anzusehen sein. Es gibt kaum eine zweite Organisation in Danzig, die so viel Stürmen ausgesetzt war wie der Arbeitersport. Aus früheren Kursporthern sind Sportler und Kämpfer für den sozialistischen Gedanken geworden. Der Mitgliederbestand ist im jähigen Anwachsen. Waren es am Schlusse des vorigen Jahres über 700 Mitglieder, so hat sich dieser um fast das Doppelte erhöht. Erfreulich ist es, festzustellen, daß sich bei den Jugendlichen (unter 18 Jahren), der Hauptstrom bemerkbar macht. Das Anwachsen des Verbandes zehrt eine deutliche Sprache und zeigt, welche Wandlung sich in der Weltanschauung der Danziger Bevölkerung vollzieht. Die Kurse für das Sportabzeichen erfahren eine besondere Pflege. Bisher haben 150 Sportler das Abzeichen erworben. Den Wünschen der Teilnehmer, im kommenden Jahr mit auswärtigen Gegnern in Verbindung zu treten, wird nach Möglichkeit Rechnung getragen. Die Diskussion war lebhaft. Hervorzuheben ist, daß auch die Frauen die Einführung von Kursten für das Sportabzeichen wünschen. Auf dem Lande herrscht der lebhafteste Wunsch, wieder Landsporvereine ins Leben zu rufen. Eine Anzahl Anträge, die sich in der Hauptsache mit organisatorischen Veränderungen befaßten, wurden zum größten Teil angenommen. Bei der Wahl wurde der bisherige Hauptvorstand mit D. Thoma an der Spitze wiedergewählt.

Fußball-Länderspiel Tschechoslowakei—SSSR?

Wie gemeldet wird, verhandelt der bürgerliche Staatsverband für Fußball, ČMČ, mit den maßgebenden Faktoren der SSSR wegen eines Länderspiels, welches nach dem geplanten Stadtiemarkt Prag—Moskau stattfinden soll. Als Bedingung für die Austragung des Länderspiels verlangt die ČMČ, daß die SSSR der Tschechoslowakei nach Prag zum Spiel kommen. Man gibt sich in Prag keiner allzu großen Hoffnung hin, daß die Russen dieser Bedingung willfährig werden, ist aber immerhin gespannt, welche Antwort darauf erfolgen wird.

„Würdig“ befunden

Das Nazi-Eishockeyteam aus den Olympischen Winterspielen absolvierte in den letzten Wochen eine Reihe von Übungsspielen, die aber nicht so ausgefallen sind, daß sie den diversen Sports „Rühmern“ eintrugen. Nun wird gemeldet, daß beim letzten Trainingsspiel in Garmisch-Partenkirchen der ebenfalls bekannte Eishockeyspieler Rudi Hall als Sturmführer des ersten Angriffs mitwirkte. Rudi Hall ist Jude und mußte beim Ausbruch des Dritten Reiches mit seinen Brüdern den Berliner Eishockeyklub und Deutschland verlassen. Nach kurzem Aufenthalt der Halle in der Schweiz überflogen sie nach Italien, wo sie in Mailand bei den Diaboli Rossaroni spielten. Wenn also der italienische Nationalismus mit ihnen zufrieden ist, warum sollte es dann der deutsche nicht sein — falls ein Jude den Nazi-Sport auf die Beine helfen kann. Es haben sich ja immer wieder solche Rückgratlose, die ihren Peinigern noch die Hände küssen,

Vereinsnachrichten

Achtung! Falken! Samstag nachmittags pünktlich halb 6 Uhr läuft der Filmstreifen „Kote Falken auf Auslandsfahrt“, der aus technischen Gründen am letzten Sonntag nicht gezeigt werden konnte. Außerdem: Bringet die Puchlöse mit! Die Wähler sind da und werden ab 5 Uhr im Parteibüro verteilt!

Alle Genossen, Genossinnen und Freunde des Kinos treffen sich beim ATUS „Kasle“ und Kofu-mall am Samstag, den 25. Jänner.
Die Devise „Fahrendes Volk“, die für diese Veranstaltung gewählt wurde, wird auch in der Ritternachts-jene zum Ausdruck kommen. Es wirken mit: die acht Atus-Girls, die acht lustigen Handwerkerburschen, die Jigunerskapelle Josef Bušta, weiter Straßensänger und sonstiges fahrendes Volk. — Für Richtigkeiten ist auch gesorgt: Wiener-Schrammelmusik mit dem Stimmungsfänger Vater (bekannt durch den Rundfunk). Die Veranstaltung findet im Feuerwehrturm, Prag XII., Rimska 45 (Ralska opera) statt. Beginn 20 Uhr. Eintritt 10 Kč inkl. Steuer. Karten bei den Funktionen und im Bildungsbereich deutscher Arbeiter, Prag II., Smecha 27, täglich von 5 bis 8 Uhr abends.

Urania-Kino, Klimentshä 4.
Fernsprecher 61221.
Beste:
4 1/2 Musketiere